

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1288, Raben & Comp.

Organ für das **werktätige Volk**

Bankkonten: Euthische Staatsbank,
Dresden, Bank d. Arbeiter, Ange-
heueren u. Handwerker, Dresden,
Gebrüder Wenzel, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilungen besonderer Art, ist es durch oder ohne Anruf höherer Gewalt, bei der Direktion der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Verkaufspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage: „Vorbereitung“, „Kultur“, „Sport“, „Witz und Satire“ monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 8,50 M., jährlich 16,50 M., einschließlich Post- u. Zustellungsgebühren. Einzelhefte: 10 Pf. (Post- u. Zustellungsgebühren). Telearbeitsstelle: Dresdner Volkszeitung

Verkaufspreis: 10 Pf. (Post- u. Zustellungsgebühren).
Abonnementpreis: 1,50 M. (Post- u. Zustellungsgebühren).
Verkaufspreis: 10 Pf. (Post- u. Zustellungsgebühren).
Abonnementpreis: 1,50 M. (Post- u. Zustellungsgebühren).

Abonnementpreis: 1,50 M. (Post- u. Zustellungsgebühren).
Verkaufspreis: 10 Pf. (Post- u. Zustellungsgebühren).
Abonnementpreis: 1,50 M. (Post- u. Zustellungsgebühren).
Verkaufspreis: 10 Pf. (Post- u. Zustellungsgebühren).

Nr. 85

Dresden, Dienstag, den 12. April 1932

43. Jahrgang

Braun stellt die Landesverräter!

Die Anklage des Ministerpräsidenten gegen die Hitler-Partei Hitler gestand seine Landesverratspolitik

Sensationelle Enthüllung

D. Berlin, 12. April. (Fig. Funk.)

Die Sozialdemokratische Partei veranstaltete am Montagabend im Sportpalast, dem größten Saal der Reichshauptstadt, eine Massenkundgebung mit dem persönlichen Ministerpräsidenten Otto Braun und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, als Redner. Der Beginn der Kundgebung war auf 8 Uhr angesetzt, aber bereits um 5 Uhr setzte der Zustrom der Massen ein, und um 7 Uhr mußte der Zutritt polizeilich gesperrt werden. Als Braun und Wels erschienen, wurden sie herzlich gefeiert.

Im Verlauf der Veranstaltung fragte der preussische Ministerpräsident die Nationalsozialistische Partei des Landesverrats an. Ihr Führer hat kürzlich in Rauenburg erklärt,

daß er seine Kämpfer nicht für das System opfern wolle und er die ostpreussische Grenze selbst gegen Polen und die Mandatsstaaten erst dann schützen werde, wenn die Träger des gegenwärtigen Systems beseitigt wären.

Was wäre denn, so fragte Otto Braun, aus Deutschland geworden, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter im August 1914 nach Hitlers Rezept gehandelt hätten? Aus 18 000 Wahlen brach ein Schrei aus, ein Schrei der Wut, ein Schrei der Empörung und Berichtigung. Unter ihnen Parteifreunde, die vor 18 Jahren trotz Dreiklassenwahlrecht und Kaiserreden, wie der Wortworts heute feststellt, die Anzarte auf den Rücken genommen und ohne Wutren ihre Pflicht getan haben. Dabei seien wohl auch viele gewesen, die heute an das freche Wort des unverschämten Burschen Goebbels gedacht hätten, an das Wort von der „Partei der Deserteure“. — Wörtlich schreibt der „Vorwärts“:

„Hitler hat in seiner Dummheit aus der Schule geplaudert. Er hätte vielleicht versuchen können, die Dokumente zur Vorbereitung des Landesverrats, die sich in den Händen der Polizei befinden, zu verleugnen und abzuschnüdeln. Er hat sich mit ihren Verfassern solidarisiert, er hat sich öffentlich zu der Absicht bekannt, im Falle einer kriegerischen Verwicklung im Osten seine Parteitruppen von der Grenze weg nach der Heimat zurückzukommandieren, um „die Träger des Systems zu beseitigen.“

Was aber ergibt sich aus alledem? Es sind Dokumente, aus denen hervorgeht, daß die Nationalsozialisten einen zynischen Angriff auf die deutschen Grenzen als Gelegenheit zu einem Putsch benutzen wollten. Diese Dokumente sind echt, denn Hitler selbst hat sich zu ihnen und ihren Absichten öffentlich bekannt.

Versteht man jetzt, warum Brüning in Hamburg sagte, nach dem Bekanntwerden dieser Dokumente werde man das Wort „national“ im Namen der „Nationalsozialisten“ nur noch mit Gänsefüßchen schreiben?

Das Strafgesetz des Deutschen Reiches bedroht in den Paragraphen 89 und 90 Handlungen, wie die beabsichtigten, mit lebenslänglicher Zuchthaus. Ob die geistige Vorbereitung auch bestraft werden kann, ist allerdings eine andere Frage. Uebrigens kommt es in diesem Augenblick weniger auf die juristische Bedeutung dieses ganz ungeheuerlichen Vorganges an als vielmehr auf seine politische.

Die öffentliche Debatte darüber ist eröffnet, ob es einer Partei in Deutschland erlaubt ist, für den Fall einer feindlichen Invasion zur Preisgabe der Landesverteidigung und zur Erregung eines Aufstandes im Innern aufzufordern.

Die öffentliche Debatte darüber ist eröffnet, ob eine Partei, die sich durch ihren Führer zu solchen Absichten bekennt, noch den Anspruch erheben darf, sich eine deutsche Partei und „national“ zu nennen.

Die Debatte ist eröffnet. Der Versuch, sie durch eine Verschönerung des Schweigens abzumildern, wird nicht gelingen. Es wird der sogenannten „nationalen“ Presse nicht mehr gestattet sein, alles zu verschweigen, was im Namen ihrer nationalsozialistischen Schützlinge spricht.

Jeder nationalsozialistische, jeder deutschnationale, jeder völkische Führer hat jetzt die Pflicht, sich zu dem zu äußern, was Hitler aus dem Inhalt der beschlagnahmten Dokumente bekanntgegeben und verteidigt hat.

Über mögen die „nationalen“ Herrschaften sich drehen und wenden, wie sie wollen. Volk und Geschichte werden ihr unbestechliches Urteil fällen, und dieses Urteil lautet:

„Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die Partei der lautesten nationalen Phrasen, die Partei der rücksichtslosesten Hebe gegen alle deutschen Politiker, die ehrlich dem deutschen Volke dienen, diese Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands findet ein unräuhliches Ende als die entlarvte und gestän- dige Partei des offenen Landesverrats.“

Otto Braun schloß seine Ausführungen: Wir wollen nicht zerstören, sondern wieder aufbauen. Darum müssen wir mit der Selbstzerfleischung aufhören und mit dem Rasipul aufhören. In gewissen Stellen der Reichsverwaltung scheint man hier aber zu tolerant zu sein.

Reich und Preußen müssen zusammengehen, um Hitlers Privatarmee so schnell als möglich verschwinden zu lassen.

Das beschlagnahmte Material beweist den Hochverrat und zeigt auch für den Landesverrat. Hitler hat sich öffentlich zu der Absicht bekannt, im Falle einer kriegerischen Verwicklung seine Kämpfer von der Grenze zurückzuziehen. (Diese Feststellung ruft eine ungeheure Bewegung und Erregung hervor.)

Diese „nationale“ Bewegung ist auf Lüge und Betrug aufgebaut. Man müßte an der Menschheit verzweifeln, wenn diese Epidemie des Hitleritismus nicht bezwungen würde. Die Angehörigen der Arbeiterklasse haben vieles an Gut und Blut verloren, aber nicht an Verstand. Das wird den Sieg der Sozialdemokratie ermöglichen. Es geht mir nicht um meine Stellung, denn ich weiß, daß, wenn mir die Fahne entginge, Millionen proletarischer Preußen zugreifen würden. Mein Kampf gilt der Erhaltung des demokratischen Volksstaates, in dem der Wille des Volkes oberstes Gesetz ist. Auf zum Kampf für das demokratische Preußen, für den Sozialismus! (Langanhaltender stürmischer Beifall und Hochrufe.)

Mit dreifachem Freil Beifall begrüßt, nahm dann der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, das Wort. Er stellte fest, daß die Kommunisten in erheblichem Teil der Partei des Hochverrats gefolgt seien, indem sie für Hitler gestimmt hätten. (Minutenlange stürmische Pfurze.) Die Sozialdemokratie ist und bleibt das Bollwerk für Demokratie und Sozialismus. Auf zum Kampf! Am 21. April müssen in Preußen und in den anderen Ländern die Fahnen der Republik im Siege wehen und die Totenglocken des Faschismus läuten. (Stürmischer Beifall.)

Die Kundgebung schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, die Eisernen Front und das republikanische Preußen.

Die Korruption der Nationalen

Otto Brauns Abrechnung mit den Demagogen

In seiner großen Rede im Berliner Sportpalast sagte Ministerpräsident Braun auch folgendes:

Ougenberg, der ehemalige preussische Beamte, hat den Beschluß gefaßt, in Rauenburg von einer Art Saupreugenium zu sprechen, dessen wichtigste Bestandteile Schmarotzerei und Korruption seien. Hat er dabei an die ihm nahehegende Landbank gedacht, die den Kontursantrag in der Schulbank hatte, als sie den preussischen Staat noch um eine neue Anleihe anging? Daß er an den Skandal der Raiffeisengesellschaft, die von deutschnationalen Parlamentariern geleitet war und zum Schaden von Tausenden von Genossenschaftlern mit 70 Millionen Mark insolvent wurde? Damals sprang der vielgeschmähte preussische Staat nicht wegen dieses desorganisierten Beamtenapparates in Verlegenheit, sondern wegen der betrogenen Genossenschaftler ein. Daß er Ougenberg an den Landbankräger, der alles Not Kleiner Bauern zum Trost 7 Millionen Mark für parteipolitische Zwecke widerrechtlich ausgab? Daß er weiter vielleicht die Wäre Radufen? Die angeblich marxistische Preußenregierung ist gekommen und hat geholfen, nicht um der Betrüger, sondern um der Spärer willen. Wenn aber Ougenberg diese Skandale auf den Marxismus zurückzuführen will, so erwidern wir: Es handelt sich um die ecklichsten Sumpsblüten des kapitalistischen Systems, und wenn solche Dinge, die früher unterdrückt wurden, heute bekannt werden, so verdanken wir das der Demokratie. Deshalb verfolgt man uns ja mit größtem Goh.

Die kommunistischen Heberläufer

Folgen des kommunistischen Verräterspiels

Der kommunistische Kandidat Thälmann hat am Sonntag gegenüber dem ersten Wahlgang fast 1 300 000 Stimmen verloren, er hat fast um 900 000 Stimmen weniger erhalten als die SPD. bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930. Ein sehr erheblicher Teil dieser Verluste entfällt auf die Heberläufer zu Hitler.

Dies Heberlaufen hat eine erste höchst bemerkenswerte Wirkung gehabt. Adolf Hitler ist ausgezogen, den „Marxismus“ zu vernichten, vor jeder Wahl hat er auf den „Einbruch in die marxistische Front“ gehofft. Mit dem Heberlaufen von Kommunisten ist ein solcher „Einbruch“ erfolgt — zwar nicht bei der Sozialdemokratie, wie es alle Schorfmacher mit Hitler hofften, aber bei den Kommunisten. Und nun — mit einem Male — nicht etwa ein Triumphgeschrei über den „Einbruch“, sondern ein erstaunlicher Versuch, ihn trotz der klaren Sprache der Biffen zu bestreiten. Adolf Hitler erklärt, er sei auf das bestimmteste sicher, daß kein Kommunist für ihn gestimmt habe.

Angefaßt dieser erstaunlichen Erklärung, die wie eine Hilfsaktion für die schon auf Haupt geschlagene SPD. anmutet, ist es notwendig, die Sprache der Biffen ins Feld zu führen und die Tatsachen aufzuzeigen. Die Wahlergebnisse zeigen klar und deutlich: es sind Kommunisten zu Hitler übergelaufen. Fast man die ausgeprochen proletarischen Bezirke von Groß-Berlin zusammen, so zeigt sich, daß Hitler mehr Stimmen gewonnen hat, als Duesterberg erhalten hatte. Es sind insgesamt etwa 13 000. Aber diese Biffen bezeichnet noch nicht die Gesamtheit der kommunistischen Heberläufer! Man muß in Betracht ziehen, daß auch ein Teil der Duesterberg-Wähler zu Hause geblieben ist!

An Stelle dieses Teils sind noch kommunistische Wähler für Hitler eingespungen.

Am schärfsten tritt das Heberlaufen in den dreifachen Wahlkreisen hervor. Hier erhielt Hitler 1 288 000 Stimmen gegenüber 1 067 000 Stimmen im ersten Wahlgang. Er hat seine Stimmenzahl um 221 000 gesteigert. Duesterberg hatte im ersten Wahlgang 159 000 Stimmen erhalten. Hindenburg hat im zweiten Wahlgang 45 000 Stimmen gewonnen. Die Wahlbeteiligung war schwächer. Verteilt man die Duesterberg-Stimmen auf den Gewinn von Hindenburg und Hitler, so verbleiben immer noch 107 000 Stimmen, die Hitler mehr gewonnen hat. Das heißt:

Weit über 100 000 Kommunisten sind in Sachsen zu Hitler übergelaufen!

Brüft man unter solchen Gesichtspunkten die Wahlergebnisse durch, so ergibt sich weiter das folgende Bild für das kommunistische Heberlaufen: in Baden 30 000, Südhannover-Braunschweig 10 000, Düsseldorf-Dt 10 000, Bfalg 15 000 kommunistische Heberläufer zu Hitler! Man kommt mit dieser Rechnung schon auf über 200 000 kommunistische Heberläufer. Das sind ganz unbestreitbare Biffen, und es sind Minimalziffern! Die Tatsache des Heberlaufens wird von der kommunistischen Presse nicht bestritten. Die kommunistische „Welt am Abend“ in Berlin gesteht etwa 5 Prozent des kommunistischen Gesamtverlustes als Heberläufer zu, das wären etwa 70 000. Aber wie die vorhergehenden Biffen zeigen, ist diese Zahl viel zu gering. Auch die Zahl von über 200 000 ist noch zu gering! Das Beispiel von Groß-Berlin zeigt, daß, wenn man